

Landtag von Baden-Württemberg – Drucksachen-Retrospektive

17. Legislaturperiode, von Beginn der Amtszeit bis Ende Juni 2021

Erste Ausgabe der neuen Legislaturperiode

In der Anlage enthält die Retrospektive eine Übersicht über die Drucksachen des Landtags von Baden-Württemberg im jeweiligen Zeitraum. Teilweise handelt es sich noch um unbeantwortete Anfragen.

Drucksache 17/9: „Kennzeichnungspflicht und Landesantidiskriminierungsgesetz“

Die erste für den BDK relevante Drucksache wurde am 3. Mai 2021 eingestellt. Die FDP/DVP erkundigte sich nach Kennzeichnungspflicht und Landesantidiskriminierungsgesetz. Sie verwies dabei auf den vollständigen Richtungswechsel des Innenministeriums bzw. des Innenministeriums.

Das IM erklärt in der Antwort, dass es keine statistische Erhebung der Fälle gibt, bei denen die Identität eines Polizeibeamten bei Anzeigen und Beschwerden nicht ermittelt werden konnte. Eine Abfrage ergab zwischen 13 und 25 Anzeigen und Beschwerden im Jahr (inkl. anonyme Anzeigen und Beschwerden, z. B. im Zusammenhang mit angeblich unrechtmäßigen Personenkontrollen), das PP Einsatz hat hierzu keine Fälle gemeldet.

Hinsichtlich der Notwendigkeit führt das Ministerium aus, dass das LADG eine Lücke schließt, da das AGG nur „für den Bereich der Beschäftigung und des Zivilrechtsverkehrs“ gibt.

Bezüglich der Kritik der drei Polizeigewerkschaften antwortet das Ministerium: „Die Argumente der Polizeigewerkschaften werden wie die Argumente anderer Akteurinnen und Akteure in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen.“

Drucksache 17/73: „Vorgehen bei Widersprüchen über das LBV-Kundenportal“

Die FDP/DVP erkundigt sich nach dem Sachstand. Das LBV hatte darüber informiert, dass nach einem Urteil des VG KA Widersprüche im Bereich der Beihilfe, die ausschließlich über das Kundenportal gestellt worden sind, unwirksam sind. Das FM teilt im Einvernehmen mit dem IM hierzu mit, dass 18.200 Personen angeschrieben wurden, die den Widerspruch ergänzend schriftlich bestätigen sollen und dass das Verfahren in der nächsten Instanz beim VGH Mannheim noch nicht abgeschlossen ist. Neben der Beihilfe sind 49 weitere Widersprüche im Bereich der Besoldung betroffen.

Bewertung, BDK-Hinweis (naheliegend): Bis auf Weiteres sind schriftliche Widersprüche an das LBV zu richten, ergänzend kann das Kundenportal genutzt werden (auch zu Nachweiszecken praktikabel).

Drucksache 17/64: „Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbe- reich der Ministerien“

Hier handelt es sich um einen Antrag der neuen Landesregierung an den Landtag BW, da dies zustimmungspflichtig ist.

Das Innenministerium der 16. Legislaturperiode wird umbenannt in – Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen (Innenministerium, IM).

Zum Geschäftsbereich des Innenministeriums gehören alle Geschäfte der Staatsverwaltung, für die nicht ein anderes Ministerium zuständig ist, insbesondere

1. Verfassung, Staatsgebiet und Landeseinteilung, Wahlen und Abstimmungen;
2. allgemeines Verwaltungsrecht, Datenschutz;
3. Verwaltungsreform und Behördenorganisation;
4. allgemeines Beamtenrecht (ohne Besoldungs- und Versorgungsrecht), Disziplinarrecht, Personalwesen für den allgemeinen Verwaltungsdienst einschließlich Ausbildung, ressortübergreifende Aufgaben der fachübergreifenden Fortbildung für die Landesverwaltung;
5. Grundsatzfragen sowie Koordinierung von Planung und Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik in der Landesverwaltung;
6. Personenstandswesen, Auswanderung;
7. Öffentliche Sicherheit und Ordnung;
8. Verfassungsschutz;
9. Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung und Angelegenheiten der Streitkräfte (ohne Verteidigungslasten und Liegenschaftsfragen);
10. Kommunalwesen;
11. Sparkassenwesen;
12. Feuerwehrwesen;
13. Angelegenheiten der Vertriebenen, Lastenausgleich;
14. Wappenrecht;
15. Staatsangehörigkeit;
16. Grundsatz- und Querschnittsfragen sowie Steuerung der Digitalisierung im Land (inklusive Teilbereich digitale Infrastruktur/Mobilfunk), E- und M-Government, IT-Konsolidierung und IT-Neuausrichtung der Landesverwaltung;
17. Heimattage.

Das Thema Migration wird an das Justizministerium übertragen – Ministerium der Justiz und für Migration (Justizministerium, JuM) [vgl. dazu auch Drs. 17/120 und 17/231]

(...)

12. Ausländer- und Asylrecht;
13. Grundsatzfragen der Migrationspolitik;
14. Aufnahme und Eingliederung ausländischer Flüchtlinge und Spätaussiedler;
15. Härtefallkommission.

Drucksache 17/182: „Sicheres jüdisches Leben in Baden-Württemberg – gemeinsam und geschlossen gegen Antisemitismus“

Die Fraktionen GRÜNE, CDU, SDP und FDP/DVP haben nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Synagoge in Ulm einen gemeinsamen Antrag eingebracht. Sie baten zugleich die Landesregierung u. a. den Kampf gegen Antisemitismus entschlossen und entschieden fortzuführen sowie dem Schutz jüdischen Lebens und jüdischer Einrichtungen weiterhin mit höchster Priorität als Daueraufgabe zu behandeln.

Drucksache 17/169: „Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Jahresbericht zur Telekommunikationsüberwachung 2020 (Untersuchungsausschuss „Praxis der Telefonüberwachung““

Es handelt sich hierbei um den jährlichen Bericht. Eine Befassung mit den Zahlen lohnt sich, denn nach wie vor handelt es sich bei der TKÜ um keine Massenermittlungsmethode. In lediglich 593 Ermittlungsverfahren wurden TKÜ-Maßnahmen geschaltet, der Wert liegt im Zehnjahresvergleich (604 Verfahren) im unterdurchschnittlichen Bereich. Allerdings wurden mehr Anschlüsse überwacht (3.137), was darauf zurückzuführen ist, dass Betroffene über mehr Anschlüsse (mobil und Festnetz) verfügen. Mit 43 % stellt weiterhin die BtM-Kriminalität den größten Anteil bei der Deliktsverteilung. Weiterhin legt der Bericht offen: „Maßnahmen der Quellen-TKÜ nach § 100a Absatz 1 Satz 2 und 3 StPO wurden – wie im Vorjahr – nicht durchgeführt.“

Drucksache 17/173: „Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform (Polizeistrukturereformgesetz – PolRG)“

Seit 2013 hat die Landesregierung diesen Bericht jährlich vorzulegen. Mit Blick auf die zweite Reform 2020 bittet die Landesregierung erneut von dieser Berichtspflicht befreit zu werden. Ein Blick in die einzelnen Zahlen (überschaubarer Bericht auf vier Seiten) lohnt sich. Kumulierte Übersicht nachfolgend:

4. Kumulierte Werte 2013 bis 2020 (in Tsd. EUR)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
4.1 Minder- bedarfe/ Einnah- men	8.400,0	3.348,0	4.455,0	4.259,0	4.637,0	6.335,0	4.360,8	4.361,3	40.156,1
4.2 Aus- gaben	7.830,0	19.934,0	21.478,0	25.053,0	33.030,0	27.244,0	30.193,4	56.754,8	221.517,2

Drucksache 17/247: „Kennzeichnungspflicht bei der Polizei“

Die AfD greift das Thema Kennzeichnungspflicht in dieser Drucksache auf. Auf die Frage, wie viele Anzeigen gegen Polizeibeamte es wegen Vorwürfen der Polizeigewalt seit 2016 gegeben hat, antwortet das IM auf Basis einer Abfrage wie folgt: „Eine Abfrage bei den Polizeidienststellen und Einrichtungen für den Polizeivollzugsdienst hat für die Jahre 2017 bis 2021 ergeben, dass insgesamt 1.782 Strafanzeigen wegen des Vorwurfs der Polizeigewalt erstattet wurden (2017: 402 Fälle; 2018: 350 Fälle; 2019: 456 Fälle; 2020: 351 Fälle; 2021: 223 Fälle). Hierbei konnte in nahezu allen Fällen die betroffene Polizeibeamtin bzw. der betroffene Polizeibeamte ermittelt werden. Lediglich in insgesamt 16 Fällen ist dies nicht gelungen (2017: sieben Fälle; 2018: vier Fälle; 2019: null Fälle; 2020: drei Fälle; 2021: zwei Fälle). Und weiter in 17 der 1.782 angezeigten Fällen von Polizeigewalt erfolgten Verurteilungen oder Disziplinarmaßnahmen (2017: acht Fälle; 2018: drei Fälle; 2019: null Fälle; 2020: fünf Fälle; 2021: ein Fall).

Drucksache 17/85: „Offene Haftbefehle“

Die AfD erkundigt sich, das IM erläutert. Die Fragestellung bezieht sich speziell auf den PMK-Bereich, bezogen auf Personen werden acht Personen PMK links, 32 Personen PMK rechts sowie 38 Personen PMK religiöse Ideologie mit Fahndungsausschreibung gesucht.

Drucksache 17/275: „Aufzeichnung des polizeilichen Schießtrainings in Bild und Ton“

Die FDP/DVP hat auf Basis des Zeitungsberichts der Stuttgarter Nachrichten vom 19.06.2021, „Wenn die Polizei überwacht wird“, einen Antrag an die Landesregierung zur weitergehenden parlamentarischen Aufklärung gestellt. Eine Antwort auf die 15 Fragen liegt noch nicht vor.

Gesetzgebungsverfahren

Aktuell noch keine

Kennzeichnungspflicht und Landesantidiskriminierungsgesetz	17/9	Datum: 03.05.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
Vorgehen bei Widersprüchen über das LBV-Kundenportal	17/73	Datum: 18.05.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
Ausschreitungen mit antisemitischer Hetze und Gewalt in Baden-Württemberg	17/74	Datum: 18.05.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
Kennzeichnungspflicht und Landesantidiskriminierungsgesetz	17/9	Datum: 02.06.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
Amnestie-Aktion des KSK	17/7	Datum: 04.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
Kriminalität im Wahlkreis Esslingen im Jahr 2020	17/17	Datum: 07.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: CDU
Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien	17/64	Datum: 07.06.2021	Art: Antrag	Urheber: LRG
Sicheres jüdisches Leben in Baden-Württemberg – gemeinsam und geschlossen gegen Antisemitismus	17/182	Datum: 08.06.2021	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP
Kriminalität im Ostalbkreis für das Jahr 2020	17/197	Datum: 10.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
Umgang der Landesregierung mit der Beschlagnahme von Kryptowährungen	17/20	Datum: 10.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Jahresbericht zur Telekommunikationsüberwachung 2020 (Untersuchungsausschuss „Praxis der Telefonüberwachung“)	17/169	Datum: 14.06.2021	Art: Alle	Urheber: LRG
Bericht der Landesregierung zu Beschlüssen des Landtags; hier: Gesetz zur Umsetzung der Polizeistrukturereform (Polizeistrukturereformgesetz – PolRG)	17/173	Datum: 14.06.2021	Art: Alle	Urheber: LRG
Landesweite Strategie zur Eindämmung von Autoposing und -rennen	17/219	Datum: 14.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
Nachfragen zum Artikel „Ein gut versorgter Abgeordneter“	17/50	Datum: 14.06.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
Ursachen der Corona-Krawalle in Städten Baden-Württembergs	17/226	Datum: 16.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
Zuordnung des Bereichs der Migration zum Justizministerium	17/231	Datum: 16.06.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
Vorgehen bei Widersprüchen über das LBV-Kundenportal	17/73	Datum: 16.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP

<u>Ein von der Polizei festgesetzter Aufzug am 1. Mai 2021 in Tuttlingen – Motivation und Hergang</u>	17/244	Datum: 17.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Kennzeichnungspflicht bei der Polizei</u>	17/247	Datum: 17.06.2021	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>Zehn-Jahres-Bilanz von Islamisten-Ausreisen nach Syrien und in den Irak</u>	17/81	Datum: 18.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Linke Gewalt- und Straftaten im Landtagswahlkampf 2021</u>	17/84	Datum: 18.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Offene Haftbefehle</u>	17/85	Datum: 18.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Aufzeichnung des polizeilichen Schießtrainings in Bild und Ton</u>	17/275	Datum: 22.06.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Hinweise auf Bandenkriminalität in Göppingen nach dem Einsatz einer Schuss- waffe am 29. Mai</u>	17/287	Datum: 23.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Anzahl deutscher Inhaftierter in Baden-Württemberg</u>	17/329	Datum: 24.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Gutachten-Kosten für die Cybersicherheitsagentur</u>	17/91	Datum: 24.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
<u>Zuordnung des Bereichs der Migration zum Justizministerium</u>	17/120	Datum: 25.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>Antisemitismus in Baden-Württemberg, insbesondere vor dem Hintergrund des Israel-Gaza-Konflikts 2021</u>	17/124	Datum: 25.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Reichsbürger bei der Burg Hohenzollern in Hechingen</u>	17/347	Datum: 25.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
<u>Messerattacke vom 15. Mai 2021 am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) in Schwäbisch Hall</u>	17/93	Datum: 25.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Vorgehen gegen einen polizeibekanntem Flüchtling in der Gemeinde Niefern- Öschelbronn</u>	17/371	Datum: 28.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
<u>Großeinsatz der Polizei in Heilbronn-Böckingen am 16. Juni 2021</u>	17/376	Datum: 29.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Staatshaus- haltsplan 2020/2021 – Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung – Konzept zur IT-Stellen-Zulage im öffentlichen Dienst</u>	17/331	Datum: 30.06.2021	Art: Alle	Urheber: LRG
<u>Kennzeichnungspflicht und Landesantidiskriminierungsgesetz</u>	17/9	Datum: 03.05.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Vorgehen bei Widersprüchen über das LBV-Kundenportal</u>	17/73	Datum: 18.05.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP

Ausschreitungen mit antisemitischer Hetze und Gewalt in Baden-Württemberg	17/74	Datum: 18.05.2021	Art: Antrag	Urheber: SPD
Kennzeichnungspflicht und Landesantidiskriminierungsgesetz	17/9	Datum: 02.06.2021	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
Amnestie-Aktion des KSK	17/7	Datum: 04.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: FDP/DVP
Kriminalität im Wahlkreis Esslingen im Jahr 2020	17/17	Datum: 07.06.2021	Art: Kleine Anfrage	Urheber: CDU

Hinweis zu nicht mehr funktionierenden Links: Zur Lösungsbehebung gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Die Drucksachennummer direkt im Parlamentarischen Dokumentationssystem suchen (<https://www.landtag-bw.de/home/dokumente/drucksachen.html>)
2. Den ursprünglichen Link am Ende *vor dem* „.pdf“ mit „_D“ ergänzen. Mit diesem Zusatz werden im Nachgang die eingestellten Antworten gekennzeichnet.